



Zuletzt aktualisiert: 03.12.2009 um 11:24 Uhr [9 Kommentare](#)

SVP droht bei Aufhebung mit neuem Referendum

Die Schweizerische Volkspartei (SVP) hat eine neue Volksabstimmung über das am Sonntag beschlossene Minarett-Verbot angedroht, sollte dieses als menschenrechtswidrig aufgehoben werden.



Foto © APA

SVP-Politiker Lukas Reimann sagte in Interview mit "NZZ Online", dass es in diesem Referendum um einen Vorbehalt zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) gehen sollte. Rechtsexperten und auch die Regierung in Bern behaupten, dass das Verbot der auch in der Schweiz geltenden EMRK widerspreche.

Die Schweizer haben am Sonntag mit 57,5 Prozent der Stimmen für einen Verfassungszusatz gestimmt, wonach der Bau der umstrittenen islamischen Gebetstürme verboten sei. Treibende Kraft hinter der Volksinitiative war die rechtskonservative SVP, die in den Minaretten den Machtanspruch eines "politischen Islam" erkennt, der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaat ablehne.

Volksentscheid umsetzen

"Das allerwichtigste für uns ist, dass der Volksentscheid nun umgesetzt wird und volle Gültigkeit hat. Da würden wir notfalls auch eine Volksinitiative für einen EMRK-Vorbehalt bezüglich Minaretten in Betracht ziehen, um diesen Entscheid zu verteidigen", sagte Reimann gegenüber der Internetausgabe der "Neuen Zürcher Zeitung". Er wies darauf hin, dass viele andere Staaten die

Menschenrechtskonvention nur mit Vorbehalt akzeptiert hätten. Überdies gebe es Rechtsprofessoren, die verneinten, dass das Minarett-Verbot der EMRK widerspreche.

Reimann bestritt, dass es bei dem Referendum um eine Einschränkung der Religionsfreiheit gegangen sei. Er wies darauf hin, dass sich eher jüngere Wähler und Frauen, die im Alltag Erfahrungen "mit schlecht integrierten Muslimen" gemacht hätten, für die Minarett-Initiative entschieden hätten. Die politische Elite habe diese Probleme nicht so wahrgenommen, weil sie im Vorfeld der Abstimmung vor allem "auf offizielle, hochgebildete und sehr gut argumentierende Muslimvertreter" getroffen sei.

Der Ostschweizer Politiker äußerte die Hoffnung, dass sich nun innerhalb der islamischen Gemeinschaft "die Vertreter der moderaten Seite" etwas stärker zu Wort melden werden. In der Vergangenheit hätten die Muslime nämlich viele Forderungen nach Spezialbehandlung, etwa in Schulen und auf Friedhöfen, gestellt. "Dass sich aber Muslime von den Hasspredigern distanzieren oder davon, dass Frauen unterdrückt werden im Namen der islamischen Religion, davon hat die Schweizer Bevölkerung viel weniger gehört", argumentierte Reimann. Wenn sich Muslime nun verstärkt öffentlich für Menschenrechte in muslimischen Staaten aussprechen, "würden sie bei vielen Schweizern Goodwill schaffen".

Muslime für die Initiative

Reimann berichtete auch von Muslimen, die die Anti-Minarett-Initiative unterstützt hätten und die Freiheitsrechte in der Schweiz hoch schätzten. "Nur: Wir wollten mit etwa 15 jungen Muslimen einen Video für Youtube zu diesem Thema drehen. Keiner wagte, vor die Kamera zu treten. (...) Einzelne waren sicher, dass sie aus der Familie ausgestoßen würden."

Als einen der Gründe für die hohe Zustimmung zur Anti-Minarett-Initiative nannte der Nationalratsabgeordnete auch die Tatsache, dass in den vergangenen Jahren mit dem Entgegenkommen gegenüber anderen Religionen "übertrieben" worden sei, etwa durch die Abschaffung von Krippenspielen in den Schulen. "Es dürften sich viele Wähler überlegt haben, das kann doch nicht sein, dass wir uns selber so verleugnen", betonte er. Befragt zu möglichen negativen Auswirkungen des Minarett-Verbots auf das Image der Schweiz in den muslimischen Staaten meinte Reimann: "Mein Eindruck ist, dass Unterwürfigkeit in derartigen Ländern keinen Respekt einbringt. Die Länder, die zu ihren eigenen Werten stehen, vor denen hat man mehr Respekt."

